

„Es ist Luft nach oben“

SA
24.9.24

ENERGETISCH SANIEREN Verein startet „Solarpartys“

Soest – Das ganz große Umdenken, das habe bei ihnen vor vier Jahren begonnen. Damals wurde der Weltklimabericht veröffentlicht, etwa zur gleichen Zeit wurde ihr Enkel geboren. „Klar, bis ins Jahr 2100 denkt kaum einer von uns, da wird es uns alle nicht mehr geben“, erzählt Erwin Denninghaus seinen Zuhörern. „Durch meinen Enkel, der dann 80 Jahre alt sein, war das plötzlich alles viel näher. Daraufhin haben wir uns gesagt: Wir müssen da jetzt was machen, und wir wollen unseren kleinen Beitrag dazu leisten, den CO₂-Fußabdruck etwas zu reduzieren.“

Möglichkeiten dazu gibt es einige, manche sind preiswert – möglichst oft das Fahrrad gegenüber dem Auto bevorzugen, zum Beispiel. Andere kosten eine „Kleinigkeit“ – dazu gehört eine Photovoltaikanlage. 24000 Euro hätte seine Variante ihn gekostet, hätte er sie komplett aus eigener Tasche bezahlen müssen, dank diverser Fördermittel landete er bei 18500 Euro. Circa auf Hälfte der Lebensdauer einer Anlage hätte sie sich amortisiert, von da an fahre sie Gewinne ein, „und wenn die Energiepreise weiter steigen, sogar noch früher“, weiß Bürgersolarberater Eckhard Wolf. Hatte Denninghaus früher mal Stromkosten von 60 bis 70 Euro im Monat, so sei er jetzt bei 13 Euro.

Er und seine Gäste stehen unter dem überdachten Carport von Denninghaus' Nachbarn. Denn eigentlich soll dies eine „Solarparty“ sein, die aber findet ironischerweise im Regen und bei 11 Grad Celsius statt. Eingeladen hat dazu der Verein



Erwin Denninghaus und Barbara Späth haben ihre Stromkosten von 60 Euro auf 13 Euro reduziert. Die Kosten für ihre Photovoltaikanlage soll sich auf Hälfte der Lebenszeit amortisiert haben und werfe von da an nur noch Gewinne ab.

KLAUS BUNTE



Die im Keller angebrachten Komponenten seiner PV-Anlage zeigt Erwin Denninghaus (rechts) seinen Besuchern, unter anderem dem Soester Klimabeauftragten Tim Scharschuch (Zweiter von rechts) und der stellvertretenden Bürgermeisterin Christiane Mackensen.

KLAUS BUNTE

Beim Auftakt ist der jedoch Experten, die den Fehler im so den Stadt Soest Nr.16 11000

Eingeladen hat dazu der Verein „Umschalten in der Energieversorgung“ in Kooperation mit der Stadt Soest und dem Stadtlabor. Daraus soll eine Reihe solcher Abende bei Besitzern von Photovoltaikanlagen werden, zwei weitere sind noch in diesem Jahr geplant, bevor es abends noch kälter und noch früher dunkel wird. Einerseits sucht der Verein dazu weiterhin ebensolche Eigentümer, die ihre Anlage vorstellen mögen, andererseits natürlich Interessierte. Beide können sich über die Homepage des Vereins melden, die Besucher bekommen dann persönlich die Adresse der nächsten Solarparty mitgeteilt. Dr. Judith Tornau-Opitz, eine der drei Vorsitzenden des Vereins: „Ziel dieser Solarpartys ist, möglichst viele Menschen von der Idee zu überzeugen, eine PV-Anlage auf das Dach zu bringen. Dass sich eine solche Investition lohnt, davon können Menschen am besten überzeugt werden, wenn sie sehen, dass es beim Nachbarn funktioniert.“ Experte an diesem Abend ist Tim Scharschuch, Klimaschutzbeauftragter der Stadt Soest. Schirmherr ist Bürgermeister Dr. Eckhard Ruthe-meyer:

Beim Auftakt ist der jedoch durch eine Aufsichtsrats-sitzung verhindert. Stellvertreterin Christiane Mackensen lobt das Format: „Denn wenn man bei einer Infoveranstaltung in einem großen Auditorium sitzt, bekommt man immer wieder die Fakten neu erzählt, hat aber weniger die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Im kleinen Kreis und mit Mitbürgern, die schon eine solche Anlage haben, hat man natürlich viel mehr Möglichkeiten, sich intensiv damit zu beschäftigen, zu fragen: Wo hängt's, wo klemmt's, was kann ich erreichen?“

Individuelle Bedürfnisse

Warum eine ganze Reihe? Weil keine Photovoltaikanlage wie die andere ist, die Komponenten und die Berücksichtigung bei der Planung sind auf die individuellen Bedürfnisse ausgerichtet. Bei Erwin Denninghaus und Barbara Späth nicht anders.

„Wir haben dieses Haus 2006 gekauft und im Rahmen einer Grundsanierung eine thermische Solaranlage installiert“, berichtet Denninghaus. Die habe aber nicht lange gehalten,

Experten, die den Fehler im System hätten ermitteln können, gebe es kaum. Also wurde sie wieder stillgelegt. Denninghaus holte verschiedene Angebote ein. Die Module kamen im Herbst 2022 aufs Dach, doch „ich wollte einen besonderen Wechselrichter haben, der voll notstromfähig ist“. Sprich, selbst, wenn im Rest der Stadt der Strom ausfällt, brennt bei ihm weiter das Licht. Dadurch verzögerte sich die Inbetriebnahme jedoch um ein halbes Jahr. „Und seither läuft die Anlage einwandfrei.“

Ergänzt wurde die Anlage um einen Speicher von fünf Kilowatt. Auch hier sei entscheidend, abzuwägen, was man selber braucht: „Anfangs hatte ich überlegt, ihn noch zu erweitern. Nach einem Jahr Erfahrung wissen wir jetzt: Das hätte überhaupt keinen Sinn. Im Sommer sind 5 kW für unseren Haushalt völlig ausreichend, da sind wir autark. Und im Winter scheint die Sonne so wenig, da wird der Speicher gar nicht voll. Dann brauchen wir insgesamt ungefähr 500 kW von den Stadtwerken. Mit 7,2 kWp sind wir jetzt gut versorgt.

Die Dächer „voll zu bekommen“, das liegt auch im Interes-

se der Stadt Soest. Wolf: „1100 Dächer sind theoretisch noch verfügbar, auf denen ist noch ganz viel Luft nach oben.“ Klar, von allen Dächern nicht denkmalgeschützter Bauten muss man dennoch einige abziehen. Mehrfamilienhäuser, erst recht solche, deren Wohnungen mehreren Eigentümern gehören, etwa. Die Eigner davon zu überzeugen, eine PV-Anlage aufs Dach zu pflastern, deren Strom nicht sie selber, sondern ihre Mieter verbrauchen würden, wäre eine Sisyphusarbeit. Doch Wolf weiß: In Deutschland gibt es nur etwa halb so viele Mehrfamilien- wie Ein- und Zweifamilienhäuser, „deshalb müssen die es reißen. In der Betrachtung der Mehrfamilienhäuser geht das eher über Genossenschaften oder kommunale Gebäude wie die der KWS Soest. Die Bundesregierung arbeitet derzeit am fehlenden Puzzelstück im Solarpaket 1, dass der Mieter oder der Wohnungseigentümer in der Gemeinschaft wirklich einen Anspruch darauf hat und sich nicht mehr einklagen muss.“ Danach würden höchstens Aspekte wie Denkmalschutz noch dagegen sprechen.

KLAUS BUNTE